

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 93. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 14. November 2019

1. Abgeordnete

**Alexander Schweitzer,
Dr. Katrin Rehak-Nitsche,
Dr. Anna Köbberling und
Benedikt Oster (SPD)**

Zweite Rheinbrücke Wörth

In einem Urteil vom 6. November 2019 hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz eine Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen den Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe in Baden-Württemberg im Ergebnis abgelehnt. Das Gericht stellte fest, dass der Planfeststellungsbeschluss lediglich in Bezug auf die Bauform der Brücke in Teilen rechtswidrig sei, im Übrigen aber keine Bedenken gegen den Bau beständen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das aktuelle Urteil – auch mit Blick auf die Mobilität in der Region?
2. In welchem Zeithorizont rechnet die Landesregierung mit dem Baubeginn?
3. Welche Signalwirkung geht aus Sicht der Landesregierung von dem Verfahren und dem resultierenden Urteil aus?
4. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung mit Blick auf zukünftige vergleichbare Infrastrukturprojekte?

2. Abgeordnete

**Martin Brandl und
Dr. Helmut Martin
(CDU)**

Zweite Rheinbrücke in Wörth und Planungsbeschleunigung

Das Oberverwaltungsgericht in Koblenz wies die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen eine zweite Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe überwiegend zurück. Im Rahmen einer darauf folgenden Pressemitteilung wird Herr Minister Dr. Wissing folgendermaßen zitiert: „Unser Planungsrecht ist ein Infrastrukturverhinderungsrecht. Wir kommen nicht schnell genug voran“. Und: „Wir müssen unser Planungsrecht dringend entbürokratisieren.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei dieser Aussage um die abgestimmte Haltung der Landesregierung?
2. Welche Elemente des Planungsrechts führen nach Ansicht der Landesregierung zu den kritisierten Verzögerungen?
3. Welche Verfahrensschritte und Beteiligungsrechte beim derzeitigen Planungsrecht sollten nach Einschätzung der Landesregierung gestrichen oder reduziert werden?
4. Welche konkreten Maßnahmen (z. B. Bundesratsinitiativen) strebt die Landesregierung an, um die von ihr für notwendig erachtete Entbürokratisierung des Planungsrechts voranzubringen?

3. Abgeordnete

Iris Nieland,
Dr. Timo Böhme und
Michael Frisch (AfD)

Entwicklung der Sozialkosten in den Kommunen

Nach Berechnungen des Landesrechnungshofs haben die Ausgaben für Sozialleistungen der rheinland-pfälzischen Kommunen im Zeitraum 2009 bis 2018 um etwa 48 Prozent zugenommen. Zur Deckung dieser Ausgaben fehlten den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Jahr 2016 demnach nach Abzug der Zuschüsse und Einnahmen Dritter insgesamt 2 749 Mio. Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe wurden im Zeitraum 2009 bis 2018 seitens der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände nach Auffassung der Landesregierung Ausgaben für Sozialleistungen getätigt, die nicht kompensiert wurden?
2. In welchen Bereichen bestehen gesetzliche Lücken, die zur einer besseren Deckung der Ausgaben für Sozialleistungen geschlossen werden müssten?
3. Inwieweit haben sich die Änderungen im LFAG bezüglich der Schlüsselzuweisungen C als sinnvoll erwiesen, um die Ausgaben für Sozialleistungen besser zu kompensieren?
4. Welche weiteren Maßnahmen sind angedacht, um die Kommunen bei den noch weiter ansteigenden Sozialausgaben besser zu unterstützen?

4. Abgeordnete

Cornelia Willius-Senzer
und Helga Lerch (FDP)

Förderung sprachlicher Bildung im frühkindlichen Alter

Am 31. Oktober 2019 haben das Land Rheinland-Pfalz und der Bund in Mainz eine Kooperation zur weiteren Verbesserung der Qualität der Kindertagesstätten im Land unterzeichnet. Im Rahmen dieser Vereinbarung und mithilfe der entsprechenden Mittel des Bundes soll die Förderung der sprachlichen Bildung in Kitas eine zentrale Rolle einnehmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung der Sprachbildung und -förderung im frühkindlichen Alter zu und was wird unternommen, um diese zu stärken?
2. Wie wird Mehrsprachigkeit in Kitas gefördert?
3. Welche Anforderungen werden an Kitas bezüglich der Sprachbildung und -förderung gestellt?
4. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten gibt es für Erzieherinnen und Erzieher, um die notwendige Sprachkompetenz zu vermitteln?

5. Abgeordnete

Andreas Hartenfels
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwurf des Klimapakets der Bundesregierung

Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung soll sicherstellen, dass Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2030 erreicht. Am 8. November 2019 wurden die Pläne im Bundesrat debattiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Entwurf des Klimapakets mit Blick auf den Windenergieausbau?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Entwurf des Klimapakets mit Blick auf den Photovoltaik-Ausbau?
3. Welche Prognose trifft die Landesregierung hinsichtlich Wertschöpfung beziehungsweise Arbeitsplätzen in der Erneuerbaren-Branche in Rheinland-Pfalz?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung aktuell, um den Ausbau der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz zu stärken?

6. Abgeordneter

Gerd Schreiner (CDU)

Unimedizin

Am Montag, dem 11. November 2019, fand ein Krisentreffen zur Situation der Mainzer Uni-medizin statt. Die Rahmenbedingungen werden durch eine strukturelle Unterfinanzierung des Landes immer schwieriger. Dies zeigt sich beim maroden Zustand der Gebäude, beim Wettbewerb um die besten Köpfe sowie bei schwierigen Bedingungen im Bereich von Forschung und Lehre. Besonders betroffen von diesen nachteiligen Bedingungen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Problemfelder wurden bei dem Krisengespräch erörtert und welche Ergebnisse wurden gefunden?
2. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die bestehenden Problemfelder zulasten der Patienten, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Studierenden zu lösen?

7. AbgeordneteSven Teuber und
Lothar Rommelfanger
(SPD)**Demografiewoche 2019**

Zur vierten landesweiten Demografiewoche 2019 in Rheinland-Pfalz wurden rund 160 Veranstaltungen von mehr als 100 Veranstaltern angemeldet. Mit Diskussionen, Vorträgen und Ausstellungen, aber auch mit World-Cafés und Kinoabenden setzen sich die unterschiedlichen Veranstalter in der Demografiewoche vom 4. bis zum 11. November 2019 in vielfältiger Weise mit dem demografischen Wandel auseinander.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Verlauf der Demografiewoche 2019?
2. Welches waren die inhaltlichen Schwerpunkte der diesjährigen Demografiewoche?
3. Welche Bedeutung haben die Partnerinnen und Partner, mit denen die Landesregierung während der Demografiewoche sowie zur Gestaltung des demografischen Wandels zusammenarbeitet?

8. Abgeordneter

Uwe Junge (AfD)

Antifa und „Fridays for Future“

Medienberichten zufolge soll es Anzeichen geben, dass die „Fridays for Future“-Bewegungen von Linksextremisten der Antifa unterlaufen werden. Weiter findet man im Internet und den öffentlichen Medien genug Bildmaterial, was hinreichend eine Verbindung zwischen der Antifa und „Fridays for Future“ beweist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Auftritte der Antifa bei „Fridays for Future“-Kundgebungen in Rheinland-Pfalz bekannt (wenn ja, wann, wo und wie oft)?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass die „Linksjugend solid“, die in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet wird, bei „Fridays for Future“ teilnimmt (bitte begründen)?
3. Haben Landtagsabgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags nach Informationen der Landesregierung an solchen Demonstrationen teilgenommen (bitte benennen)?
4. Haben Landtagsabgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags nach Informationen der Landesregierung an solchen Demonstrationen teilgenommen, obwohl die „Linksjugend solid“ und die Antifa mitgelaufen sind (bitte benennen)?

- 9. Abgeordnete**
Marco Weber und
Steven Wink (FDP)
- Aktuelle Ergebnisse aus dem EULLE-Begleitausschuss**
- Mit dem Förderprogramm EULLE werden u. a. gezielt Maßnahmen von landwirtschaftlichen Betrieben für Umwelt-, Klima- und Tierschutz gefördert. Aktuell wurde im EULLE-Begleitausschuss eine erhöhte Förderung von Umweltinvestitionen und der Start eines neuen Modellprojekts beschlossen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Aus welchen Gründen sollen Umweltinvestitionen zukünftig höher gefördert werden?
 2. Welche umweltschonenden Investitionen fallen in den Bereich der erhöhten Förderung?
 3. Wie haben sich die Zuwendungssätze auf umweltschonende Investitionen in der laufenden Förderperiode entwickelt?
 4. Wie ist das neue Modellprojekt Kooperativ EULLa (kurz: MOKO EULLa) aufgebaut bzw. welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Förderprogramm MOKO EULLa?
- 10. Abgeordneter**
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Verheerende Aussichten für Käfer und Schmetterlinge**
- Die aktuellsten Zahlen zum Insektensterben in Deutschland der Technischen Universität München (TUM) (Seibold et al., 2019) zeigten die dramatischen Rückgänge der Insektenbiomasse, aber auch des Artenspektrums innerhalb von nur zehn Jahren. Die Ergebnisse der Studie sind höchst alarmierend, denn sie dokumentiert den enormen Verlust der systemrelevanten Lebewesen in einer sehr kurzen Zeitspanne.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Studienergebnisse der Technischen Universität München (TUM) hinsichtlich des Insektensterbens in Rheinland-Pfalz?
 2. Welche Erkenntnisse bzw. Forschungsaufträge lassen sich aus diesen Studienergebnissen für Rheinland-Pfalz ableiten?
 3. Welche Maßnahmen zum Schutz und Erhalt der Insektenvielfalt werden, nach Erkenntnissen der Landesregierung, in Rheinland-Pfalz umgesetzt oder befinden sich in Planung?
 4. Wie bewertet die Landesregierung den Einfluss der Bewirtschaftungsintensität (z. B. Extensivierungen durch den naturnahen Waldbau, ökologische Landwirtschaft usw.) auf die Insekten-Artenvielfalt bzw. -Biomasse?
- 11. Abgeordnete**
Anke Beilstein und
Guido Ernst (CDU)
- Brennpunktschulen**
- In der Presse (zuletzt „Trierischer Volksfreund“ vom 24. Oktober 2019) ist davon zu lesen, dass Bund und Länder über einen Zeitraum von zehn Jahren Hunderte sogenannte Brennpunktschulen mit rund 125 Millionen Euro zusätzlich unterstützen werden.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viel Euro erhalten davon Schulen aus Rheinland-Pfalz?
 2. Wie viele sogenannte Brennpunktschulen aus Rheinland-Pfalz werden unterstützt?
 3. Welche Schulen aus Rheinland-Pfalz sind das?

12. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp
und Sven Teuber (SPD)****Cybersicherheit in Krankenhäusern**

Mitte Juli 2019 kam es zu einem Hackerangriff auf rheinland-pfälzische Krankenhäuser. Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler hat als Reaktion auf den Vorfall unverzüglich einen „Runden Tisch IT-Sicherheit“ eingerichtet, um mit allen Beteiligten über die Folgen aus dem Cyberangriff zu beraten. Darüber hinaus hat das Land für IT-Sicherheit und Verwaltung in Krankenhäusern mehr Geld vom Bund gefordert und will diese Forderung aktuell mit einer Bundesratsinitiative koppeln. Laut dpa-Meldung vom 23. September 2019 will das Bundesgesundheitsministerium der Forderung nach mehr Geld für die IT-Sicherheit in kleineren Krankenhäusern nicht nachkommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ergebnisse hat der „Runde Tisch IT-Sicherheit“ bisher erbracht?
2. Wie bewertet die Landesregierung aktuell die Sicherheitslage für Cyberattacken auf Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz?
3. Wie bewertet die Landesregierung derzeit die Bereitschaft der Bundesregierung, die Krankenhäuser bundesweit mit zusätzlichen Betriebsmitteln (Bundesmittel) zur Abwehr von Cyberattacken auszustatten?

13. Abgeordnete**Marion Schneid und
Dr. Christoph Gensch
(CDU)****Situation der Hebammenversorgung in Rheinland-Pfalz**

Wie die Allgemeine Zeitung vom 5. November 2019 berichtet, sollen Hebammen im ländlichen Raum bald „zur Rarität“ werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit steht in Rheinland-Pfalz eine ausreichende Zahl von Hebammen zur Versorgung schwangerer Frauen zur Verfügung?
2. Inwieweit gibt es insbesondere regionale Defizite?
3. Welches sind die Folgen für die schwangeren Frauen?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zur momentanen Ausbildungssituation für Hebammen in Rheinland-Pfalz?

14. Abgeordnete**Sven Teuber, Jens Guth
und Bettina Brück (SPD)****Tarifkonflikt bei Riva in Rheinland-Pfalz**

Seit dem 11. Juni 2019 sind rund 130 Stahlarbeiter zweier Riva-Werke in Trier und Horath (Rheinland-Pfalz) im Streik. Sie wehren sich dagegen, dass sie bis zu 30 Prozent unter dem gültigen Flächentarif für die Metall- und Elektrobranche liegen. Der Arbeitskampf ist mit bisher 22 Wochen bereits einer der längsten in der Geschichte der Bundesrepublik. In den ehemaligen Drahtwerken Horath werden hauptsächlich Stahlmatten für die Armierung von Stahlbeton gefertigt. 2017 übernahm der italienische Riva-Konzern die beiden Standorte von der französischen Sotralenz-Gruppe, als die Belegschaften bereits ihre zweite Insolvenz (2002 und 2016) durchlitten.

Ganz aktuell hat die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung im Bistum Trier nach eigener Mitteilung für den 13. November 2019 um 11.00 Uhr zu einem Wortgottesdienst in die Pfarrkirche St. Bartholomäus nach Horath zum Streik-Gottesdienst eingeladen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand in der Tarifaueinandersetzung bei den Riva-Standorten in Rheinland-Pfalz?
2. Wie unterstützt die Landesregierung bei der Tarifaueinandersetzung bei Riva?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Anrufung einer Schlichtung bei festgefahrenen Tarifaueinandersetzungen ein?

15. Abgeordneter**Dr. Helmut Martin (CDU)****Rückgang der Aufträge für die Industrie in Rheinland-Pfalz**

Die Industrie ist ein wichtiger Bestandteil der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und hat großen Anteil am Wohlstand des Landes.

Umso beunruhigender ist es, dass laut dem Statistischen Landesamt der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangindex im September 2019 um 4,7 Prozent sank. Besonders stark betroffen sind ausländische Aufträge, welche im Vergleich zum Vormonat um 8,0 Prozent zurückgingen.

Noch bedeutender wird dieser Rückgang beim Vergleich zum Vorjahr. Hier ist ein Minus von 19,4 Prozent, bei Auslandsaufträgen sogar von 26,8 Prozent, zu konstatieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Auftragsrückgang?
2. Welche Vorkehrungen ergriff die Landesregierung im Zeitraum zwischen September 2018 und September 2019, um einen solchen Rückgang zu verhindern?
3. Welche neuen Maßnahmen plant die Landesregierung, um auf die veränderte Lage des Weltmarktes zu reagieren und die rheinland-pfälzischen Unternehmen zu unterstützen?
4. Welche der genannten Maßnahmen sind speziell auf die Industrie zugeschnitten?

16. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Tag gegen Lärm: Straßenverkehrslärm in rheinland-pfälzischen Kommunen**

Die SWR-Messaktion „Hier ist es #zuLAUT“ hat kürzlich dazu beigetragen, dass viele User melden konnten, wo sie von zu viel Verkehrslärm betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Straßenverkehrslärm in Rheinland-Pfalz in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. In wie vielen Kommunen (absolut und prozentual) sind bereits Konzepte zur Lärmaktionsplanung mit Unterstützung der Landesregierung erstellt worden?
3. In welchen konkreten Fällen sind im Jahr 2019 Geschwindigkeitsbeschränkungen in Ortsdurchfahrten auf 30 km/h auf klassifizierten Straßen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm angeordnet worden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die vorliegenden Änderungsvorschläge im Referentenentwurf der Bundesregierung zur Straßenverkehrsordnung (StVO) mit Blick auf Lärmschutz?

17. Abgeordnete**Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)****Subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch Videoüberwachung stärken – Kommunen unterstützen**

Studien belegen, dass Videoüberwachungsanlagen dazu beitragen können, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern. Außerdem können die Aufnahmen zur Aufklärung beitragen. Da die Kommunen selbst keine Videoüberwachungsmaßnahmen durchführen dürfen, müssen diese durch die Landesregierung genehmigt werden. Die Gemeinderäte wissen am besten, wo Videoüberwachungsmaßnahmen notwendig und sinnvoll sind. Trotzdem wird den Anträgen wohl nicht (immer) von der zuständigen Genehmigungsbehörde entsprochen.

Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen in der Gemeinde Haßloch, die auch in anderen Kommunen geführt und für die Kommunen insgesamt von herausgehobener Bedeutung ist, fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Installation von Videoüberwachungsanlagen wurden bislang von den Kommunen an das Land gestellt (es wird gebeten, die Angaben für jede Kommune separat aufzulisten)?
2. Wie viele der gestellten Anträge wurden aus welchen Gründen abgelehnt (es wird gebeten, die Angaben für jede Kommune unter Nennung des Ablehnungsgrundes separat aufzulisten)?
3. Zu wie vielen Ermittlungsergebnissen ist es in Rheinland-Pfalz bislang aufgrund von Videoüberwachungsanlagen seit dem Jahr 2015 gekommen (es wird gebeten, die Angaben für jeden Landkreis und jedes Jahr separat aufzulisten)?

**18. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)****Passagierflüge vom Airport Hahn nach China**

Ursprünglich sollten die ersten Passagierflieger vom Flughafen Hahn nach China noch in diesem Jahr starten. Am 4. November 2019 wurde jedoch bekannt, dass die Flüge (nach heutiger Planung) erst ab Sommer 2020 realisiert werden können. Laut dpa-Informationen sprach der rheinland-pfälzische Verkehrsminister kürzlich in China unter anderem mit dem Hauptanteilseigner des Flughafens (Mischkonzern HNA, 82,5 Prozent der Anteile).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wann sprach die Landesregierung mit dem chinesischen Mutterkonzern HNA und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?
2. Welche Informationen liegen der Landesregierung zu Anträgen einer Genehmigung für die im Jahr 2020 angekündigte Passagierflüge von Hahn nach China bzw. aus China zum Flughafen Hahn vor?
3. Welche finanziellen Folgen hat die Verschiebung der Passagierflüge und werden weitere Mittel benötigt, wenn ja auch Landesmittel?

**19. Abgeordnete
Elfriede Meurer,
Matthias Lammert und
Bernhard Henter (CDU)****Bedrohung durch Drohnen – Gefahr für die Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz**

Medienberichten (z. B. Aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“) ist zu entnehmen, dass es vermehrt Vorfälle mit Drohnen über Justizvollzugsanstalten in der Bundesrepublik gibt. Durch Drohnen besteht die Gefahr, dass Inhaftierte mit Mobiltelefonen, Drogen oder auch gefährlichen Waffen aus der Luft „versorgt“ werden. Dies gilt es zum Schutz der Justizvollzugsbediensteten und der Inhaftierten, aber auch zur Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und der Ordnung zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Vorfälle mit Drohnen über Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz sind der Landesregierung seit dem 1. April 2017 bekannt (es wird gebeten, die Vorfälle für jede Justizvollzugsanstalt und jedes Jahr separat aufzulisten und die Vorfälle aufzuschlüsseln, z. B. Überflug, Abwurf von Gegenständen)?
2. Wie wird der Luftraum über den Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz überwacht, um einen Überflug von Drohnen zu bemerken (es wird gebeten, die Überwachungsmaßnahmen für jede Justizvollzugsanstalt separat aufzulisten)?
3. Welche technischen Möglichkeiten der Drohnenabwehr wurden bzw. werden aktuell genutzt und welche weitergehenden Abwehrmaßnahmen sind derzeit in Planung (es wird gebeten, die Angaben für jede Justizvollzugsanstalt separat aufzulisten)?
4. Gibt es Hinweise darauf, dass Drohnen die Topografie der Justizvollzugsanstalten aufnehmen, um die Erkenntnisse für mögliche Ausbruchsversuche zu nutzen?

**20. Abgeordnete
Marion Schneid (CDU)****Pfälzer Rechtsrock-Szene**

Mit Rechtsrock-Musik werden Millionen Euro verdient. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Anzahl der Rechtsrock-Konzerte in den vergangenen zwei Jahren wieder zugenommen. Die Auftritte in der Pfalz sind konspirative Konzerte. Die Besucher erfahren erst kurzfristig den Veranstaltungsort. So war für das erste November-Wochenende ein Konzert in der Westpfalz angekündigt. (DIE RHEINPFALZ, 29. Oktober 2019).

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit beobachtet das Land die Veranstaltungen der Rechtsrock-Szene?
2. Auf welche Art und Weise gelingt Ordnungs- und Sicherheitsbehörden des Landes die Überwachung konspirativer Veranstaltungen?
3. Wie begegnet das Land dem Erstarken der Rechtsrock-Szene?
4. Welche Präventionsarbeit leistet das Land im Hinblick auf Jugendliche, damit diese nicht anfällig für rechte Ideologien werden?

